



Tiefe Wunden

Kurt Westergaards Mohammed-Bild bewegt seit zehn Jahren nicht nur Dänemark. Seite 2

Foto: imago/epd

Krieg beginnt hier

Friedensbewegung in Kalkar: Ein grüner Pazifist erklärt, warum. Seite 18

Feuchter Planet

Auf dem Mars wurden salzige Bäche entdeckt. Seite 20

Foto: dpa/NASA



Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 30. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 228

STANDPUNKT

Übers Knie

Uwe Kalbe zum Asyl-Gesetzentwurf

Panik. Zeitmangel. Uralte Ressentiments. Aus diesen Zutaten sind die Asylrechtsänderungen gemacht, die das Bundeskabinett am Dienstag beschloss. Panik unter dem Eindruck des Flüchtlingsansturms. Sie führt dazu, dass die Große Koalition nicht vor dem Risiko zurückschreckt, erneut einen Rüffel des Bundesverfassungsgerichts zu kassieren. Die Versorgung einer Gruppe von Flüchtlingen unter dem Niveau des Existenzminimums, noch bevor erwiesen ist, wie ihr Asylverfahren ausgehen wird – selbst wenn alle Vorsorge für eine Abweisung getroffen ist – ist verfassungsrechtlich fragwürdig.

Zeitmangel entstand durch den Druck der Bundesländer, die sich mit Unterbringung und Integration der Flüchtlinge überfordert sehen. Geld löst aber nur einen Teil des Problems. Und über diesen Punkt hinaus wurde bisher viel zu wenig nachgedacht. Übers Knie gebrochen scheint der Entwurf stattdessen, sonst wären nicht auf den letzten Metern noch Klagen laut geworden, dass Ergänzungen nicht mit den Ländern abgesprochen waren.

Über allem liegt das Ressentiment. »Fehlansätze zu beseitigen, die zu einem weiteren Anstieg ungerechtfertigter Asylanträge führen« – so benennt der Gesetzentwurf offen das Ziel der Bundesregierung. Das ist von Willkommenskultur so weit entfernt wie von der Realität. Nicht Anreize veranlassen Menschen zur Flucht, sondern Not, nicht Abenteuer, sondern Angst. Das Gesetz wird die Menschen nicht fernhalten. Es wird sie nur mit einer neuen Realität konfrontieren. Mit der der Realitätsverweigerer.



Als ich fortging

Aus dem Osten in den Westen: vor und nach 1990

Berlin. In den vielen Bilanzen, die dieser Tage über die 25 Jahre seit dem 3. Oktober 1990 veröffentlicht werden, darf eine nicht fehlen: der negative Wanderungssaldo. Viele im Osten kennen ihn aus der Verwandtschaft oder gehören selbst dazu: Nach der Einheit bröckelten die Einwohnerzahlen im Osten gewaltig. Rund zwei Millionen Menschen verließen seit Vorliegen vergleichbarer Zahlen im Jahr 1991 die fünf neuen Bundesländer und Ostberlin.

Warum? Deindustrialisierung, hohe Arbeitslosigkeit, geringere Chancen – nach dem Ende der DDR blieben blühende Landschaften für viele eine Hoffnung, für die man in den Westen gehen musste. Die stark sinkende Geburtenrate lässt sich auch nicht gerade als Vertrauensbeweis für die sozialen Zustände im Osten interpretieren.

Nicht aus dem Blick geraten darf dabei heute freilich dies: Auch vor dem langen Wendejahr 1989/1990 hatten viele Menschen die DDR verlassen – oft aus politischen Gründen. »Als ich fortging«, hieß ein erfolgreicher Song von Karussell von Ende der 1980er Jahre. Und wenn man die Textzeile nur ganz leicht in ein »... war die Straße leer« umformulierte, konnte man das Lied sogar als Kommentar auf die Ausreisewelle hören: Wenn alle weggehen, ist irgendwann niemand mehr da, für bessere Verhältnisse zu demonstrieren.

Rudolf Steinhoff ist schon früher in den Westen gegangen: 1981, nachdem die SED den Mediziner und demokratischen Sozialisten abserviert hatte. Sein Vater Carl war in der frühen DDR Ministerpräsident in Brandenburg und Innenminister gewesen, ein Ex-Sozialdemokrat, dem 1952 fristlos gekündigt wurde. Vater Steinhoff hatte sich übrigens zu seiner Zeit als aktiver DDR-Politiker für die deutsche Einheit eingesetzt. Das Wort »Einheit«, so sah er es damals enttäuscht, scheine »in den Westzonen einen anderen Klang zu haben als bei uns«. tos Seite 3

Corbyn: Syrien braucht kluge Diplomatie

Britischer Oppositionsführer fordert Bemühungen abseits von Luftangriffen

London. Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn hat in seiner ersten Rede als Labour-Chef eine »kluge, geduldige« Diplomatie in der Syrien-Krise gefordert. Die Luftangriffe auf die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) seien erfolglos, weil eine diplomatische Strategie fehle, sagte Corbyn am Dienstag auf dem ersten Parteitag der britischen Sozialdemokraten nach ihrer Wahlniederlage im Mai. Ob er eine Lösung mit dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad für möglich hält, ließ Corbyn offen.

Die konservative britische Regierung will die Luftangriffe gegen den IS von Irak auf Syrien ausdehnen, eine Abstimmung im Unterhaus wird noch in diesem Jahr erwartet. Am Mittwoch werden die Delegierten der Labourpartei das Thema beraten.

Der erste große Auftritt nach seiner Wahl am 12. September war mit Spannung erwartet worden. Fast 60 Prozent der Parteimitglieder und -unterstützer hatten für den langjährigen Hinterbänkler und Parteilinken gestimmt. Die Delegierten in Brighton feierten Corbyns Plädoyer für ein Ende der Kürzungspolitik und eine demokratischere Meinungsfindung in der Partei. »Lasst uns eine freundlichere Politik machen, eine, die sich mehr um die Gesellschaft kümmert«, appellierte Corbyn. Seine Kritiker monierten nach der Rede, Corbyn habe nur seine Anhänger, nicht die ganze Bevölkerung angesprochen. dpa/nd Seite 7

Bombenangriff auf Hochzeitsfeier

UNO: Über 100 Tote bei Luftattacke in jemenitischer Stadt Mocha

Genf. Bei einem Angriff auf eine Hochzeitsfeier in Jemen – mutmaßlich verübt von der saudi-arabischen geführten Militärkoalition – sind nach UN-Angaben von Dienstagmorgen weit über 100 Zivilisten getötet worden. Sollten sich die Zahlen bestätigen, handelt es sich um den Zwischenfall mit den meisten Todesopfern seit dem Beginn des Konflikts in Jemen, sagte ein Sprecher des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte am Dienstag in Genf. UN-Mitarbeiter vor Ort seien dabei, die Zahlen zu überprüfen. Ein Behördensprecher in der Stadt Mocha im Südwesten Jemens sprach von 131 Todesopfern. Der Hochzeitssaal sei am Montag aus der Luft bombardiert worden.

Saudi-Arabien und mit ihm verbündete sunnitische arabische Monarchien hatten im März einen Luftkrieg gegen die schiitische Huthi-Miliz begonnen, die die Macht in der Hauptstadt Sanaa übernommen hatte. Bei den Angriffen wurden wiederholt zivile Ziele getroffen. Im April starben in Hodeida beim Angriff auf eine Molkerei 35 Zivilisten, im Juli bei einem Angriff auf Wohnungen von Angestellten eines Elektrizitätswerks in Mocha 65, im August bei einem Angriff auf eine Getränkefabrik in der Provinz Hadsch 17. Laut UNO forderte der Krieg bisher fast 4900 Menschenleben. dpa/nd

UNTEN LINKS

Die Frage, ob intelligentes Leben auf dem Mars zu finden ist, hat Generationen beschäftigt. Nun rückt eine Antwort näher: Mindestens ist »reine Haut« auf dem Planeten möglich. Künftige Pioniere auf dem roten Nachbarn müssen sich jedenfalls keine Gedanken mehr darüber machen, wie sie in 225 Millionen Kilometern Entfernung an Gesichtsmasken à la »Totes Meer« herankommen. Die Entdeckung von »Wasser in Form von Salzlake-Bächen« auf dem Mars macht es möglich – und noch viel mehr. Bisher stockt die Besiedlung noch, was offenbar an mangelnden Profitaussichten liegt – die nötigen Investitionen wird man mit den Erlösen aus Auftritten von Marsmenschen in der hiesigen Kulturindustrie nicht wieder einspielen können. Mit Gesichtsmasken aus Mars-Salzlake wäre das etwas anderes: Schon jetzt gehören auf Salz basierende Kosmetikprodukte zu den Topsellern der globalen Drogerieökonomie. Die Eroberung des roten Planeten ist also nur noch eine Frage der Zeit. Wasser Mars! tos

Koalition plant radikale Kürzungen

Schwarz-rotes Kabinett verschärft sein Gesetz zur Flüchtlingspolitik deutlich

Im November sollen schärfere Regeln für Asylbewerber in Kraft treten. Die Union debattiert bereits über weitere Maßnahmen.

Von Aert van Riel

Das Bundeskabinett hat Gesetzesänderungen zur Flüchtlingspolitik auf den Weg gebracht, nach denen Länder und Kommunen mehr Geld bekommen, Verfahren beschleunigt werden und das Asylrecht weiter verschärft wird. Es ist geplant, dass drei weitere Länder – Albanien, Kosovo und Montenegro – als »sichere Herkunftsstaaten« eingestuft werden, um Flüchtlinge von dort schneller in ihre Heimat abzuschicken. Schutzsuchende sollen länger in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und dort möglichst nur Sachleistungen bekommen. Die Geldauszahlung soll nur einen Monat im Voraus möglich sein.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte, dass der Entwurf vor allem mit Blick auf sogenannte Dublin-Flüchtlinge verschärft worden sei. Diesen stehe laut Gesetzentwurf künftig nur noch eine Notversorgung zu. Zuvor war von diesen Einschränkungen nur für unmittelbar ausreisepflichtige Flüchtlinge die Rede

gewesen, etwa nach Ablehnung eines Asylantrages. Vom Dublin-System betroffene Flüchtlinge sind diejenigen, für deren Asylverfahren eigentlich der erste EU-Staat zuständig ist, den sie auf ihrer Flucht erreicht hatten.

Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Hessischen Landtag, nannte die geplanten Leistungskürzungen »klar verfassungswidrig«. Das Bundesverfassungsgericht habe eine Relativierung der Menschenwürde aus migrationspolitischen Erwägungen untersagt. »Ein solches Aushungern von Schutz suchenden Menschen, um sie zur Ausreise zu nötigen, darf es nicht geben«, forderte Cárdenas.

Im Bundesrat ist die Bundesregierung auch auf Stimmen von Ländern angewiesen, in denen die Grünen mitregieren. Grüne Landespolitiker hatten bereits ihre Zustimmung zu dem ursprünglichen Kompromiss in der Asylpolitik signalisiert. Parteichefin Simone Peter kritisierte zwar die Änderungen der Bundesregierung, gab sich aber bezüglich des Abstimmungsverhaltens der Länder zurückhaltend. »Die einzelnen Länder und Kabinette werden dann entscheiden, wie sie sich

im Bundesrat zum Gesetzentwurf verhalten«, sagte sie.

Die schwarz-rote Koalition will die Pläne schnell durch Bundestag und Bundesrat bringen. Das Parlament soll am Donnerstag erstmals darüber beraten und die Länderkammer möglichst Mitte Oktober entscheiden, damit die Gesetzesänderungen Anfang November in Kraft treten können.

Unionspolitikern gehen die Verschärfungen nicht weit genug.

»Ein Aushungern von Schutzsuchenden, um sie zur Ausreise zu nötigen, darf es nicht geben.«

Barbara Cárdenas, LINKE

Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sollten künftig an den Grenzen abgewiesen werden, sagte Gerda Hasselfeldt, Chefin der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Dazu müsse das Flughafenverfahren auch auf die Landgrenzen ausgeweitet werden. Hasselfeldt zufolge prüft das Bundesinnenministerium, ob dies machbar ist. Flüchtlinge, die Chancen auf dem

Lesen Sie heute im Ratgeber

Fragen & Antworten: Zahl der Taschendiebstähle in Deutschland steigt auch 2015 weiter an

Wohnungsauszug: Mieter weg, aber der Müll noch da

Verbraucherärger bei der Umstellung auf Internet-Telefon

Seiten 4, 5, 7, 9, 10 und 13

ISSN 0323-3375

